Verteiler:

Stadtbürgermeister Krügel

Presse vor Ort

Persönliche Stellungnahme von Ernst Ludwig Heilig als Fraktionsvorsitzender und -sprecher der FDP Bad Ems-Nassau im Stadtrat von Bad Ems zur geplanten Bettensteuer Stand 31.10.2023

Sehr geehrter Herr Stadtbürgermeister Krügel, sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren des Bad Emser Stadtrates, sehr geehrte Besucherinnen und sehr geehrte Besucher,

ich möchte heute in meiner Eigenschaft als Fraktionsvorsitzender und -sprecher der FDP Bad Ems-Nassau im Stadtrat von Bad Ems eine persönliche Stellungnahme zu der anstehenden Problematik mit der angedachten Bettensteuer abgeben!

Wie von Herrn Stadtbürgermeister Krügel gewünscht, soll die heute zur Debatte stehenden Bettensteuer den bisherigen Tourismusbeitrag ablösen, unter anderem auch deshalb, weil hier Herr Krügel hofft, zukünftige Streitigkeiten ausräumen zu können.

Zum besseren Verständnis für die eigentliche Notwendigkeit des Tourismusbeitrags fand am 03.05.2022 im großen Sitzungssaal des Rathauses der VG ein Infoabend bzgl. des Tourismusbeitrages statt, dabei wurde uns u.a. auch erzählt, dass es zu diesem Zeitpunkt wohl ca. 380 Betriebe in Bad Ems gäbe, welche ein Beitragsvolumen in Höhe von ca. 159.000,-€ für den Tourismusbeitrag an die Stadt Bad Ems zu bezahlen hätten.

Knapp 18 Monate später sind es plötzlich nur noch ca. 300 Betriebe und diese bringen auch nur noch ca. 110.000,-€ an Tourismusbeitrag auf (lt. Darstellung in den jeweiligen Infoveranstaltungen).

Hier stellt sich doch sofort die Frage, wo sind die ca. 80 Betriebe hingegangen, sind diese verzogen oder aufgegeben oder insolvent, oder, oder, oder?

Hier muss es also einen anderen Grund dafür geben, warum nun der Tourismusbeitrag in eine Bettensteuer umgewandelt werden soll!

Wer mich persönlich kennt weiß, dass mich diese Thematik sehr interessiert und dass ich mich hierin dann auch sehr engagiere, sprich nachforschen würde, was ich auch mittels Internetrecherchen getan habe.

Ich bin dabei wie folgt vorgegangen:

Über eine Suchmaschine im Internet habe ich einfach die Namen von großen hier in Bad Ems ansässigen Firmen eingegeben und dabei nach deren Geschäftsberichten gesucht (diese müssen zeitversetzt von großen Firmen als GmbH oder AG veröffentlicht werden) und würde fündig.

Wenn ich es korrekt ausgerechnet habe, so hätten allein aufgrund meiner Recherchen, im Jahr 2020 als Abrechnungsjahr für das damit verbundene Umsatzjahr 2018 insgesamt nur 10 Firmen mehr an Tourismusbeitrag aufbringen müssen, als wie offenbar von allen damaligen Firmen insgesamt aufgebracht wurde!

Eine dieser Firmen hatte im Jahr 2020 Insolvenz angemeldet und im Jahr 2020 auch einen Tourismusbeitragsbescheid für 2018 in Höhe von 1.593,-€ erhalten und das bei einem Jahresumsatz von ca. 6,2 Mio.€; diese Zahlen habe ich aus dem Geschäftsbericht der Firma und aus dem Gläubigerverzeichnis entnommen, da auch meine Frau zu den Gläubigern dieser Firma gehörte!

Ich bin daher zu der Auffassung gelangt, dass uns hier offenbar in Bezug auf die tatsächlichen Umsätze aus dem Tourismusbeitrag keine korrekten Informationen vorliegen, um nun auch mit ausreichenden Kenntnissen eine für alle Beteiligten akzeptable Lösung zu finden!

Als ich nun die heute zur Abstimmung stehende Vorlage erhielt und mich sehr intensiv damit befasste, wurde ich durch eine Aussage stutzig, zumal ich vor knapp 5 Wochen genau die gleiche Anfrage beim Statistischen Landesamt gestellt hatte, nämlich die Frage: "Wie hoch beläuft sich die Übernachtungsquote aus den Reha-Kliniken bzw. auch aus der damaligen Paracelsus-Klinik im prozentualen Vergleich aus den gesamten Übernachtungszahlen und wie hoch liegt hier der durchschnittliche Nettoübernachtungsbetrag?"

Damals, so wie auch vor wenigen Tagen, erhielt ich die gleiche Aussage: **"Diese Zahlen werden vom Statistischen Landesamt in keinsten Weise erhoben bzw. weitergegeben, da ausschließlich nur verschlüsselte Daten vorliegen!"**

Wie kommt nun die Stadtverwaltung dazu, in dieser vorliegenden Abstimmungsunterlage und mit der Behauptung, alle Angaben kämen vom Statistischen Landesamt, von uns als Stadträtinnen und Stadträte eine Entscheidung zu verlangen, deren tatsächliches Ausmaß wir aber, aufgrund von nicht nachvollziehbaren Zahlen, überhaupt nicht einschätzen können?

In den beiden Infoveranstaltungen am 11.10.2023 hat Herr Krügel immer wieder darauf hingewiesen, dass die anwesenden Gäste zwar ihre Meinung kund tun dürften, aber der Stadtrat letztendlich als legitimer Vertreter der betroffenen Beherbergungsbetreiber und auch aller anderen Bad Emser Bürgerinnen und Bürger, hier das entscheidende Gremium sei und er zwar alle Anregungen mitnehmen und vortragen werde, aber keinerlei Einfluss auf die letztendliche Entscheidung des Stadtrates habe!

Zwar hat Herr Krügel auch auf die Tatsache hingewiesen, dass, wie er korrekt erklärte, der Tourismusbeitrag ja von allen (?) örtlichen Betrieben aus deren jeweiligen Jahresumsätzen zu erbringen sei und er deshalb diese Betriebe, einschl. der Beherbergungsbetrieben, von dieser Zwangsverpflichtung befreien möchte, aber dafür eine Gegenfinanzierung braucht, eben die Bettensteuer, welche ja dann von den Touristen/Übernachtungsgästen zu entrichten wäre.

Ich persönlich sehe den aktuellen Zeitpunkt, ca. 7 Monate vor der nächsten Bürgermeisterwahl, und auch die bereits aufgeführte „Betriebserleichterung“ durch den Wegfall des Tourismusbeitrags schon als Wahlkampfeinleitung an, womit ich als Stadtratsmitglied aber nicht einverstanden sein kann, denn hier würden wir als gesamter Stadtrat instrumentalisiert werden!

Natürlich ist mir persönlich klar, dass meine Stellungnahme zu dieser Thematik schwer ist, aber, alles was ich bisher an Aussagen meinerseits vorgebracht habe, kann ich mit offiziellen Unterlagen sowie Zahlen und Fakten auch schwarz-auf-weiß beweisen....seitens der Stadt fehlen uns die Nachweise über deren Behauptungen jedoch und zumindest in Hinsicht auf die aktuell zur Abstimmung dargebrachte Vorlage kann ich ebenfalls beweisen, dass diese hier vorgebrachten Behauptungen und Berechnungen in keinsten Weise stimmen!

Um diese Angelegenheit also für alle zum Guten zu Ende zu bringen, habe ich mir daher auch Gedanken darüber gemacht, wie denn tatsächliche und auch für alle nachvollziehbare Belege zur dann ergebnisorientierten Meinungsbildung erschaffen werden können und bin dabei auf folgende Erkenntnis gestoßen:

- 1.) Die Stadtverwaltung hat alle Firmendaten und auch deren bisher gezahlten Tourismusbeiträge im Computer und wäre somit in der Lage, rückwirkend zum Beginn des Tourismusbeitrags, eine Aufstellung aller Betriebe und deren Zahlungen zu machen, woraus dann die tatsächlichen realen Zahlen erkennbar wären.
- 2.) Der Tourismusbeitrag war ja bisher ein Zwangsbeitrag der ausschließlich zur Finanzierung von rein touristischen Ausgaben dienen sollte, **was bei der Bettensteuer jedoch nicht mehr der Fall ist, denn diese fließt voll in den Haushalt der Stadt mit ein und kann, muss aber nicht, dann auch für touristische Belange mitgenutzt werden, wobei auch der Mitgliedschaftsbeitrag und der jährliche Zuschuss der Stadt Bad Ems in den Tourismusverein zwar einerseits ein Pflichtbeitrag, aber andererseits auch ein freiwilliger Beitrag ist, denn es zwingt ja Niemanden die Stadt in diesem Verein Mitglied zu sein! Das Gleiche gilt auch für die Ausgaben bzgl. dem Weltkulturerbe, auch diese sind, nach meinen Rückfragen bei entsprechender Behörde (hier dem ADD), im Ergebnis freiwillige Leistungen, auch wenn sich die Stadt Bad Ems dazu verpflichtet hat...den Titel Welterbe kann man auch zurück geben oder auch verlieren, wenn man die Auflagen dafür nicht erfüllen kann.**

Hinsichtlich der Satzung und den auch in einem offenen Brief bemängelten Datenspeicherungs-bereichen z.B.: für die Bankverbindung der betroffenen Beherbergungsbetriebe

und auch der vorgesehenen Finanzamtanfrage habe ich mir erlaubt einmal Nachforschungen durchzuführen, und zwar bei denen, die es ganz genau wissen müssen...dem Finanzamt in Montabaur sowie bei dem Finanzministerium Rheinland-Pfalz.

Nach telefonischer Auskunft vom Finanzamt Montabaur ist dieses nicht in der Lage Aussagen zu Angaben, die nur auf die reinen Übernachtungskosten abzielen zu machen, sondern würde im Falle einer Abfrage die gesamten Einnahmen- und Steuersituationen jedes Einzelnen geben!

Dies wird dort allerdings als sehr problematisch angesehen, da eine derartige Abfrage nach Auffassung der Geschäftsleitung vom Finanzamt Montabaur gegen das Steuergeheimnis verstößt und ggf. somit auch Schadensersatzleistungen von betroffenen Betrieben auslösen würde!

Des Weiteren ist für die angedachte Finanzamtsabfrage in jedem Fall auch vorab das schriftliche Einverständnis eines jeden Steuerpflichtigen dafür einzuholen und es ist dringend davor zu warnen dies zu unterlassen, denn dann könnte jeder Betroffene gegen den jeweiligen Veranlasser dieser Finanzamtsabfrage Schadensersatzansprüche und auch ggf. ein Disziplinarverfahren einleiten!

Wie Herr Krügel ja in seiner Beantwortung des offenen Briefes eines ehemaligen Bürgermeisters bereits ausgeführt hat, sieht er sich jedoch hier im Recht um diese Abfrage durchführen zu können, wobei hier wohl der Vergleich zwischen dem Tourismusbeitrag, welcher ja auf den gesamten Umsatz ausgerichtet ist und der Bettensteuer, die ja ausschließlich auf den reinen Übernachtungsbetrag abzielt, nicht richtig ist, zumal auch das Finanzamt die Bettensteuer eher auf dem Niveau der Kurtaxe als auf dem Stand des Tourismusbeitrages ansieht!

Jetzt wollte ich es genau wissen und habe hierzu sowohl die Stadt Trier (denn deren Bettensteuersatzung gilt ja als unser Vorbild) als auch die Stadt Boppard angerufen sowie den ehemaligen Bürgermeister der Stadt Nierstein befragt und folgende Informationen erhalten:

- Hinsichtlich der Speicherung von Bankverbindungen sowie dem Abruf von Umsätzen beim Finanzamt raten alle Befragten dringend davon ab, da diese Bereiche in keinerlei Zusammenhänge mit der Bettensteuer = Beherbergungssteuer stehen!
- Die Stadt Boppard hat nach intensiver Überprüfung die ursprünglich angedachte Bettensteuer erst gar nicht eingeführt, sondern sich für eine nicht zweckgebundene Übernachtungsabgabe entschieden und diese zu einem Festbetrag, damit alle Betriebe auch gleichgestellt sind!
- Ebenso die Stadt Nierstein, die gleichfalls schon in den 2010er Jahren bewusst auf die Einführung eines Tourismusbeitrages bzw. auch auf die Bettensteuer verzichtet hat, um dadurch die jeweiligen Beherbergungsbetriebe im Rahmen des Wettbewerbs nicht zu schädigen bzw. zu benachteiligen!

Um nun auch rechtlich eine Sicherheit in Bezug auf die angegebene Gesetzlichkeit zu bekommen, habe ich auch die Landesregierung in Mainz sowie das Finanzministerium Rheinland-Pfalz angerufen.

Dort war man über die Behauptung, dass es „derzeit geltende rechtliche Möglichkeiten für derartige Vorgaben gibt“, wie Herr Krügel es in seiner Beantwortung des offenen Briefes dargestellt hat, sehr erstaunt, zumal es nach §31 Abs. 1 AO zwar die rechtliche Möglichkeit einer Finanzamtsabfrage bei Steuerangelegenheiten gibt, aber das Finanzamt ja keinerlei Einzelsteuerbereiche, welche Auskünfte über die tatsächlichen monatlichen Übernachtungszahlen geben könnte, führt!

Somit hat, nach Auffassung des Finanzministeriums, die Speicherung einer Bankverbindung der jeweiligen Beherbergungsbetreiber, sowie die Implantation einer Finanzamtsabfrage in der Bettensteuersatzung keinerlei Nutzen, sondern würde zukünftig nur unnötige Streitigkeiten hervorrufen, was ja aber laut den Ausführungen von Herrn Krügel eher nicht mehr gewünscht wird!

Heute Vormittag erhielt ich nun telefonisch vom Landesdatenschutzbeauftragten aus Rheinland-Pfalz folgende Informationen hinsichtlich der beabsichtigten Datenspeicherungen:

Laut Artikel 5 in der aktuellen Fassung der DSGVO und dort im Absatz 1C wird den Behörden vorgegeben, dass diese bzgl. Datenspeicherungen zur Datenminderung verpflichtet sind und daher ausschließlich nur die Daten abspeichern dürfen, welche zur vollen Kontrolle der Steuerpflichtigen genügen!

Da dies jedoch im Falle einer Finanzamtsabfrage bzgl. der möglichen Berechnung für die tatsächlichen Beträge und Zahlen aus der Bettensteuerberechnung nicht möglich ist, weißt somit diese Gesetzesgrundlage auf, dass die beabsichtigte Datenspeicherung der Bankverbindungen und die Implementierung der Finanzamtsabfrage gegen die DSGVO verstößt!

Wenn ich nun alle Erkenntnisse aus meinen bisherigen Recherchen auswerte, so komme ich zu dem Schluss, dass es mit der heute zur Abstimmung vorliegenden Bettensteuersatzung auch zukünftig die gleichen Streitigkeiten geben wird wie die, welche bisher auch aus dem Tourismusbeitrag geführt wurden und das, obwohl diese Streitigkeiten ja nach Aussage von Herrn Stadtbürgermeister Krügel eben zukünftig verhindert werden sollten!

Stellen Sie sich vor, dass nicht Sie als Ratsmitglied, sondern als Betroffener dieser Satzung gelten, und beantworten Sie sich selbst einmal folgende Frage: **„Wollten Sie wirklich, dass die Stadtverwaltung über Ihre gesamten Steuerunterlagen Kenntnisse erlangt, wenn diese doch überhaupt nichts mit der Abführung bzw. der tatsächlichen Berechnung der Bettensteuer zu tun hat?“**

Ich kann diese Regelung nicht verantworten!

Daher kann und werde ich auch als legitim gewählter Vertreter der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bad Ems diese Satzung so nicht in der vorliegenden Fassung akzeptieren und werde daher gegen diese stimmen!

Abschließend noch folgender Hinweis meinerseits: in der heutigen Vorlage fehlt der Hinweis, dass mit dem Inkrafttreten der Bettensteuersatzung auch gleichzeitig die Tourismusabgabesatzung erlischt, denn dies war ja auch die Zusage von Herrn Krügel im Tausch Tourismusbeitrag gegen Bettensteuer!

Abschließende Frage dazu: **„Warum fehlt dieser Hinweis?“**

Soweit meine persönliche Stellungnahme zu diesem Thema.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.